

# Regierungsratsbeschluss

vom 13. Mai 2025

Nr. 2025/762

KR.Nr. A 0039/2025 (DBK)

## **Auftrag Angela Petiti (SP, Solothurn): Selbstgesteuertes Arbeiten/Projektarbeit nicht reduzieren Stellungnahme des Regierungsrates**

---

### **1. Auftragstext**

Der Regierungsrat wird beauftragt, die im Massnahmeplan 2024 vom Regierungsrat getroffene Sparmassnahme «Staatsbeitrag Volksschule: minus 1 Lektion selbstgesteuertes Arbeiten/Projektarbeit bei Sek B+E 3. Klasse» aufzuheben.

### **2. Begründung (Vorstosstext)**

In der Dezember-Session 2024 wurden verschiedene Sparmassnahmen beschlossen, die für den Bildungsbereich grosse Folgen haben werden – besonders die Massnahmen, die sich direkt auf den Unterricht auswirken.

Lektionenabbau bedeutet immer Bildungsabbau. Diese Sparmassnahmen wurden aus rein finanziellen Gründen beschlossen. Die Qualitätseinbusse in der Bildung wurde dabei ausser Acht gelassen.

Das selbstgesteuerte Arbeiten/Projektarbeit auf der Sekundarstufe I ist ein wichtiges Gefäss, das den Lernenden die Möglichkeit gibt, sich auf das spätere Berufsleben und die Berufsschule vorzubereiten. Eine Lektion davon einzusparen ist kontraproduktiv. Am Ende der Projektarbeit stehen oft eigens erarbeitete, handwerkliche und kreative Produkte und Arbeiten. Die Schüler und Schülerinnen lernen selbständig zu arbeiten, zu planen, sich zu organisieren, zu dokumentieren und können dabei ihre Stärken fördern. Diese Sparmassnahme durchzusetzen und 1 Lektion der Projektarbeit zu streichen ist nicht weitsichtig.

In der Dezember-Session war noch nicht bekannt, dass der Kanton Solothurn von der Nationalbank für das Jahr 2025 einen nicht budgetierten Finanzierungsbeitrag von 64 Millionen Franken erhält. Dies hätte die Debatte zum Massnahmenplan mit Sicherheit verändert. Aus dem vom Kantonsrat im Dezember 2024 budgetierten Defizit ist damit ein ausgeglichenes Budget geworden. Dank den guten Rechnungsabschlüssen in den vergangenen Jahren und einem Eigenkapital von 600 Millionen Franken steht der Kanton finanziell weiterhin auf soliden Füßen.

Im Lichte dieser erfreulichen Zahlen sollte auf diese einschneidende Sparmassnahme auf der Sekundarstufe I verzichtet werden.

### **3. Stellungnahme des Regierungsrates**

Der Kantonsrat hat die Massnahmen in seiner Kompetenz am 10. Dezember 2024 verabschiedet, der Regierungsrat jene am 17. Dezember 2024 beschlossen (RRB Nr. 2024/2115). Von Anfang an war es ein erklärtes Ziel des Regierungsrates, die finanzpolitische Handlungsfähigkeit beizubehalten und die Erfolgsrechnung im Durchschnitt um rund 60 Mio. Franken zu entlasten. Der Massnahmenplan 2024 muss sowohl ausgewogen als auch konsensfähig sein. Ein nachträglicher Verzicht auf einzelne Massnahmen würde diese Ausgewogenheit in Frage stellen und einige

Bereiche überdurchschnittlich belasten. Damit würden sowohl der Zweck als auch die Zielerreichung des Massnahmenplans negativ beeinflusst. Der Antrag wird daher abgewiesen.

#### **4. Antrag des Regierungsrates**

Nichterheblicherklärung.



Andreas Eng  
Staatschreiber

#### **Vorberatende Kommission**

Finanzkommission

#### **Verteiler**

Departement für Bildung und Kultur  
Volksschulamt  
Aktuariat Finanzkommission  
Parlamentsdienste  
Traktandenliste Kantonsrat